

Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorsitzende
Frau Oberbürgermeisterin Reker

Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 14.11.2022

Antrag

Veranstaltung „Gesundheit inklusiv! Kölner Wege zur medizinischen Versorgung ohne Barrieren“ zum „Kölner Tag der Menschen mit Behinderung“ am 12.09.2022

Hier: Forderungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Beschluss

Als Ergebnis der Veranstaltung beschließt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik folgende Forderungen:

•Fortbildung und Sensibilisierung zur Barrierefreiheit

Medizinisches Personal soll verpflichtend im Umgang mit Menschen mit Behinderung, zu Bedarfen und Möglichkeiten sensibilisiert und ausgebildet beziehungsweise geschult werden.

•Barrierefreie Kommunikation

Terminvereinbarungen und Beratungsgespräche sollen den Bedarfen der Zielgruppen angepasst werden. Benötigt werden beispielsweise Informationen in einfacher Sprache und Angebote für Menschen mit Hör- oder Sehbeeinträchtigung.

•Barrierefreie Information

Menschen sollen sich vorab informieren können, welche Maßnahmen der Barrierefreiheit in den Praxen / Kliniken zur Verfügung stehen. Informationen in Suchmaschinen und auf Websites der Praxen und Kliniken sollen barrierefrei zugänglich und aktuell sein.

•Barrierefreie Erreichbarkeit und Nutzbarkeit

Arztpraxen und Krankenhäuser sollen gut erreichbar sein (zum Beispiel in der Nähe von Haltestellen, Aufzüge müssen vorhanden sein). Die Ausstattung wie Toiletten, Türen, Untersuchungsmöbel muss barrierefrei nutzbar sein. Dafür ist es dringend erforderlich, dass bereits bestehende Gesetze und Vorgaben umgesetzt werden. Dies ist bislang nicht flächendeckend der Fall.

Begründung

Am 12.09.2022 fand die Veranstaltung „Gesundheit inklusiv! Kölner Wege zur medizinischen Versorgung ohne Barrieren“ im Bürgerzentrum Deutz statt. Dort wurde über die Probleme und Barrieren für Menschen mit Behinderung im Kölner Gesundheitswesen diskutiert. Beispielsweise wurde über

- die häufig fehlende Zugänglichkeit von Arztpraxen für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung,
- die fehlende optische Signalisierung von Hinweisen für Menschen mit Hörbeeinträchtigung,
- die häufig ungeeigneten Untersuchungsmöbel für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung,
- Unsicherheit im Umgang mit Patient*innen mit Sinneseinschränkungen und die
- schlechte Kommunikation, die durch sprachliche Barrieren verursacht wird gesprochen.

Zu den Details wird verwiesen auf die ausführliche Dokumentation aus dem Büro der Behindertenbeauftragten.

Unter anderem das Handlungskonzept Behindertenpolitik und das Konzept des Disability Mainstreaming der Stadt Köln zeigen die gemeinsame Haltung von Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik, dass Barrieren abgebaut werden müssen. Barrierefreiheit und Inklusion werden auf der Grundlage von UN BRK und BGG NRW als handlungsbestimmend für Vorhaben innerhalb der Stadt Köln akzeptiert.

Wir bitten alle Akteure in Politik und Verwaltung, an jeder möglichen Stelle, unabhängig von der Rechtsposition der Stadt Köln als z.B. Eigentümerin, Betreiberin oder Aufsichtsbehörde, positiven Einfluss geltend zu machen und Druck auszuüben.

Das Ziel muss sein, jede Chance zu nutzen, die aktuell oft unzureichende Situation für Menschen mit Behinderung im Kölner Gesundheitswesen zu verbessern. Wir begrüßen dabei ausdrücklich die Initiative, die in der Veranstaltung auf dem Podium genannt wurde, innerhalb der Kölner Gesundheitskonferenz eine Arbeitsgruppe zum Thema Barrierefreiheit zu gründen. Jede Initiative ist willkommen.

Insbesondere halten wir es für unumgänglich, dass die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein (KVNO) sich aktiv für eine Verbesserung der Situation in den Praxen der niedergelassenen Ärzt*innen einsetzt.

Wir rufen alle Vertreter*innen in Politik und Verwaltung auf, unsere Interessen in ihre Gremien mitzunehmen und dort aktiv für diese einzutreten.

Wir bitten die Geschäftsführung, diesen Beschluss inklusive der Dokumentation dem Rat und folgenden Ausschüssen zur Verfügung zu stellen:

- Gesundheitsausschuss
- Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren
- Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik

- Stadtarbeitsgemeinschaft LSBTI
- Seniorenvertretung

Gez. Ellen Kuhn Frank Feles Paul Intveen

Für die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Köln, 31.10.2022